

Düster, aber erhellend. Dänemark hat 1992 321 Personen aus den Palästinensergebieten als «Flüchtlinge» aufgenommen. Jemand kam auf die Idee, eine Studie zu machen, welche das Ergehen dieser Zuwanderer vom Jahr ihrer Ankunft bis 2019 untersuchte. Die Ergebnisse sind ebenso düster wie erhellend.

Von den 321 Menschen endeten 204 als Straftäter. 71 wurden zu Haftstrafen verurteilt. 63 Prozent der Menschen, denen Dänemark mit Gastfreundschaft begegnete, wurden kriminell. 176, mehr als die Hälfte, endeten bei der Sozialhilfe. Die Studie nahm auch die 2. Generation dieser 321 Zuwanderer in den Blick. Sie bekamen 999 Kinder, von denen mehr als ein Drittel, nämlich 337, wegen krimineller Handlungen verurteilt wurden. 132 landeten im Gefängnis. 37 Prozent wurden Sozialhilfeempfänger. Bei den Zahlen kann man auch bedenken, dass ein guter Teil der 999 im Zeitraum der Studie zu jung war, um überhaupt straffällig zu werden. Auch kann man nicht davon ausgehen, dass jedes Verbrechen, das von diesen Zuwanderern begangen wurde, auch tatsächlich aufgeklärt wurde. Es gibt ohne Zweifel eine Dunkelziffer. Das war auch dem Justizminister, der diese Zuwanderung möglich gemacht hatte, bewusst. Er erklärte 2019: «Diese Asylsuchenden hätte man nicht ins Land lassen sollen.»

Keine abstrakte Sache. Das ist zwar eine Erkenntnis, die zutrifft. Aber es geht um mehr als eine politische, abstrakte Sache. Es geht darum, dass von dieser überschaubaren Zahl an Zuwanderern schweres menschliches Leid verursacht wurde: Menschen sind überfallen, ausgeraubt, vergewaltigt, verletzt, erstochen, zusammengeschlagen worden, in Wohnungen ist eingebrochen worden. Die entscheidende Dimension ist dieses menschliche Leid, welches durch eine offensichtlich falsche Entscheidung verursacht wurde. Das Zweite, was entscheidend ist: Übernimmt jemand die Verantwortung für das Leid, welches verursacht wurde? Das ist offenbar nicht der Fall. Westliche Gesellschaften erkranken zunehmend an dem Status der Verantwortungslosigkeit. Kaum einer übernimmt Verantwortung für die Folgen seiner Politik. Und: Es besteht ein Unwille oder eine Unfähigkeit, schiere Tatsachen, die Realität, zur Kenntnis zu nehmen.

Der Nicht-Existenz verschrieben. In einem Interview mit dem (empfehlenswerten) israelischen Sender ILTV wies die politische Analytistin und

ehemalige Knesset-Abgeordnete Einat Wilf auf einen signifikanten Unterschied der Konfliktparteien im Nahost-Konflikt hin. Sie sagt, es gehe nicht um «zwei Bewegungen, die jeweils Unabhängigkeit und Staatlichkeit anstreben, in welchem Fall es Sinn machen würde, zwei Staaten zu haben». Während es auf der jüdischen Seite den Zionismus gebe, der einen unabhängigen Staat anstrebt, handle es sich auf der anderen Seite um eine Ideologie, die sie als «Palästinismus» bezeichnet, «die sich vor allem der Nichtexistenz des anderen verschrieben hat. Sie haben also kein positives Ziel, sie haben sich tatsächlich der Negation, der Zerstörung verschrieben.»

Das ist so bis zum heutigen Tag und es trifft in gleicher Weise auf die Autonomiebehörde zu wie auf die anderen Gruppierungen, die sich dem Palästinismus verschrieben haben. Deshalb hat die Autonomiebehörde in den Teilen von Judäa und Samaria, in denen sie Machtbefugnisse hat, genauso wenig Interesse daran, das Land positiv zu entwickeln, wie dies die Hamas in Gaza hatte und hat. Es geht ausschliesslich darum, Strukturen zu schaffen, die es möglich machen, zu töten und Israel zu zerstören.

Das wird ein Aufwachen! Weil das so ist, kann auch das Ergebnis der eingangs erwähnten Studie nicht überraschen. Die überwältigende Mehrheit der Menschen, die sich dem nicht existierenden Volk der «Palästinenser» zuordnen (es gab nie ein arabisch-islamisches Palästina), huldigt einer fanatischen Ideologie, die im siebten Jahrhundert wurzelt, die von Anbeginn an bis zum heutigen Tag Gewalt gegen Juden und Christen, gegen alle «Ungläubigen», ins Zentrum ihres Handelns stellt und der es um «Tod oder Unterwerfung» geht.

Der dänische Justizminister hätte es wissen können, dass es nicht zu verantworten ist, Menschen ins Land zu holen, die Verachtung für die helfende Hand haben und von denen offenbar eine Mehrheit von einer gewalt-affinen Gesinnung besessen ist.

Die beschriebene Zuwanderung der 321 ist jetzt schon eine Weile her. Hat der Westen seither dazugelernt? Es sieht nicht so aus. Jetzt hat die spanische Regierung angekündigt, einer halben Million Zuwanderern einen legalen Status zu geben, die mindestens fünf Monate in Spanien gelebt haben und die in dieser Zeit nicht straffällig wurden. Auch soll das für die Personen gelten, die sich in einem Asylverfahren befinden. Westliche Länder verschliessen solange die Augen vor der Realität, bis sie in einer anderen Realität aufwachen.

Thomas Lachenmaier

FOCUS